BDEW Kongress 2026

Verband drängt auf schnelle Beschlüsse

[11.06.2026] Der BDEW fordert von der Bundesregierung ein abgestimmtes Energiepaket für 2026. Nach Ansicht des Verbands müssen mehrere zentrale Gesetzesvorhaben zügig beschlossen werden, um Investitionen in die Energieinfrastruktur abzusichern.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat anlässlich des BDEW Kongresses 2026 ein gemeinsames Energiepaket der Bundesregierung gefordert. Wie die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae, erklärte, sei bei mehreren energiepolitischen Vorhaben weiterhin keine Einigung erzielt worden. Nach Angaben des Verbands investiert die Energiewirtschaft seit Jahren in Strom- und Gasnetze, Anlagen für erneuerbare Energien, Speicher, Kraftwerke und Flexibilitätslösungen. Damit diese Investitionen fortgesetzt werden könnten, brauche es verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Handlungsbedarf bei mehreren Gesetzen

Andreae verwies auf mehrere Gesetzesvorhaben, bei denen aus Sicht des BDEW Handlungsbedarf besteht. Dazu zählen das Stromversorgungskapazitätssicherungsgesetz (StromVKG), das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Netzpaket sowie das Gebäudemodernisierungsgesetz. „Die Unternehmen stehen in den Startlöchern und warten auf die gesetzliche Grundlage“, sagte sie mit Blick auf die geplanten Ausschreibungen für steuerbare Kraftwerksleistung.

Der Verband fordert, dass das StromVKG, das Gebäudemodernisierungsgesetz sowie das sogenannte Gaspaket noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Weitere Vorhaben wie die EEG-Novelle, das Netzpaket, Änderungen am Baugesetzbuch (BauGB), die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) sowie die Reform des Ausschreibungsregimes für Offshore-Windkraft sollten nach Auffassung des BDEW spätestens im Herbst abgeschlossen werden.

Offene Fragen bei Netzanschlüssen

Andreae verwies zudem auf offene Fragen beim Umgang mit Netzanschlüssen in Gebieten mit begrenzten Netzkapazitäten. Hier müsse die Bundesregierung zeitnah eine gemeinsame Lösung finden. Auch beim Gebäudemodernisierungsgesetz bestehe nach Ansicht des Verbands weiterer Klärungsbedarf, unter anderem bei der geplanten Grüngasquote. Als wichtige Bausteine der Energiewende nannte Andreae H2-ready-Gaskraftwerke, Batteriespeicher, den Ausbau der Windenergie auf See und an Land, einen schnelleren Netzausbau sowie klare Vorgaben für die Wärmewende. „Die Transformation schreitet voran, sie muss regulatorisch geklärt sein“, sagte sie.

Energiepolitik darf nicht Verhandlungsmasse werden

Zugleich sprach sich der Verband dafür aus, energiepolitische Entscheidungen unabhängig von anderen politischen Vorhaben zu behandeln. Das von der Bundesregierung angekündigte Reformpaket sei notwendig. „Die Energiepolitik darf hier nicht Verhandlungsmasse werden, das Energiepaket muss für sich

stehen“, erklärte Andreae. Energiepolitische Entscheidungen müssten sich an den Anforderungen des Energiesystems und an Effizienzgesichtspunkten orientieren.

()

Stichwörter: Politik, BDEW, BDEW-Kongress